

# Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

## XVIII. Wahlperiode



### Protokoll

#### 45. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 15.04.2010  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:15 Uhr  
**Ort, Raum:** Stadtvilla Global, Otto-Wels-Ring 37, 12351 Berlin

#### Anwesende:

Finger, Jutta	SPD	
Knörr, Sabine	SPD	
Pohl, Manuela	SPD	
Schwarzer, Christina	CDU	
Wagner, Heinz	Grüne	
Wittke, Franz	FDP	
Rühlmann, Wolfgang	GRAUE	
Karaaslan, Gülaysan	LINKE	
Ahrens, Jens Holger,	AWO Südost e.V.	
Becker, Hans-Peter	Katholische Kirche	
Danquart, Iris	Kinder- und Jugendhilfe- verbund gGmbH	Vertretung für: Knoller, Elisabeth
Haese, Axel	Human. Verband	
Heeb, Bernhard	Nachbarschaftsheim	
Lemming, Siegfried	Diakonisches Werk	
Wälde, Eva	OutReach	
Vonnekold, Gabriele	JugDez	
Dr. Gallus-Jetter, Gabriele	JugDir	

#### Mitarbeiter der Verwaltung:

Thurley, Marion	Jug FS L
Spech-Öztoprak, Hedy	Jug S 200
Manap, Necceli	Stadtvilla Global
Diatta, Ingrid	Stadtvilla Global
Stratmann, Martin	Paritätischer Wohlfahrtsverband

#### Gäste:

Winkler, Christiane	tandem BQG
Kaiser, Felicitas	
Dennstedt, Kathrin	Kiez AG
Fichtner, Ines	FiPP e.V. Kita Warthestraße
Saupe, Manuela	AWO-Kita Du und Ich
Busch, Raik	Eigenbetrieb SüdOst
Jahnke, Anette	Eigenbetrieb SüdOst
Monika Ulbrich	Eigenbetrieb SüdOst
Kummerow-Stier	Eigenbetrieb SüdOst
Kaiser, Christiane	Eigenbetrieb SüdOst

## Abwesende:

Khalil, Nader	CDU	entschuldigt
Gelfert, Karin	Junge HumanistInnen	entschuldigt
Heinemann, Gabriele	Mädchenarbeit	unentschuldigt
Honisch, Manuel	SJD-Die Falken	unentschuldigt
Knoller, Elisabeth	Kinderschutzzentrum	entschuldigt
Kohn, Ivetta	Behindertenarbeit	unentschuldigt
Meinecke, Wolfgang	Bezirksschulbeirat	unentschuldigt
Petzold, Olaf	Evangelische Kirche	entschuldigt

Frau Finger begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt fest, dass die Einladung allen Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist und eröffnet die 45. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

### **zu 1 Protokoll der 44. Sitzung**

Zum Protokoll der 44. Sitzung gibt es keine Änderungsvorschläge. Alle Mitglieder stimmen dem Protokoll in der vorliegenden Fassung zu.

### **zu 2 Kiez-AG**

Die Vertreterin der Kiez-AG Rixdorf berichtet über die aktuellen Probleme im Rixdorfer Kiez:

Die Einrichtungen und die Realschule beobachten Tilidin-Missbrauch schon bei 12- und 13-jährigen Jugendlichen.

Die Grundschulen begrüßten zwar im Prinzip die Einführung von JüL, dem jahrgangsübergreifenden Lernen, wonach die Kinder der 1. und 2. Klasse von den älteren Kindern Unterstützung erfahren. Andererseits stellen die Lehrer der 3. Klasse mit Entsetzen fest, dass der Wissensstand der Kinder aus der 2. Klasse nicht dem entspricht, was beim Übergang in die 3. Klasse erforderlich wäre.

In den Kindertagesstätten herrscht extremer Personalmangel. Die zur Personalverstärkung herangezogenen Quereinsteiger erweisen sich großenteils als nicht geeignet.

Das Gewaltpotential am Droryplatz steigt. Inzwischen sind nicht nur die Kinder, sondern auch Eltern in die Auseinandersetzungen involviert. Eine stärkere Kooperation der Beteiligten ist erforderlich, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Frau Finger weist darauf hin, dass in der nächsten JHA-Sitzung das Thema Tilidin auf der Tagesordnung steht.

### **zu 3 Stadtvilla Global: Vorstellung der Einrichtung und der Arbeit - u. a. Sommerschule**

Die Stadtvilla Global ist eine öffentliche Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung des Bezirksamtes Neukölln. Hier werden Kinder im Alter von 6 bis 16 Jahren nachmittags betreut. Ein großer Teil der Kinder kommt aus sozial benachteiligten Familien. Die Familien sind großenteils von Arbeitslosigkeit betroffen. Das Bildungsniveau ist eher niedrig.

Das Haus bietet Kindern und Jugendlichen vielfältige Möglichkeiten der Entwicklung und Entfaltung. Zur Verfügung stehen eine Holzwerkstatt, eine Malwerkstatt, ein Hausaufgabenraum, ein Projektraum, ein Tonstudio, ein Veranstaltungssaal, ein Kunst- und Modeatelier, ein Multimediaraum, ein Bandproberaum, ein Tanzraum sowie das Außengelände mit Garten und Spielplatz.

In der Stadtvilla Global arbeiten fünf fest angestellte Kräfte und acht Honorarkräfte.

Die vorrangigen pädagogischen Ziele der Stadtvilla Global sind Erziehung der Kinder und Jugendlichen zu Toleranz und Gewaltfreiheit, die friedliche Lösung von Konflikten und Förderung des wechselseitigen Respekts. Weiterhin wird mit den Angeboten eine Verbindung von Mittelschicht und sozial benachteiligten Gruppen angestrebt.

Zu den regelmäßigen Angeboten der Stadtvilla Global gehören Kreativangebote, Sport, Malen, Multimedia, Musik, Theater, Tanzen, Kochen und Hausaufgabenbetreuung.

Zudem gibt es spezielle Gruppenangebote wie Theaterworkshop, Hörspielworkshop, Berliner Märchentage, Projektstage und Kreativangebote für Schulklassen und Kitagruppen, Computerkurse. Die Stadtvilla Global bietet auch spezielle Angebote für Familien. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beraten, informieren und vermitteln bei Erziehung und Schulproblemen von Kindern und Jugendlichen. Eine Sozialberatung bietet kostenlose Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen. Es gibt ein Elterncafé und einen Trödelmarkt.

Die Stadtvilla Global führt regelmäßig spezielle Bildungsveranstaltungen für Kinder und Jugendliche durch. Dazu gehören die Kinderkonferenz, die Kinderakademie und die Sommerschule. Die Sommerschule findet für drei Wochen in den Sommerferien statt. Vormittags und nachmittags treffen sich die Kinder in Workshops, wo sie mit Muttersprachlern und Deutschen gemeinsam ein Thema bearbeiten. Experten aus den Bereichen Theater, Physik, Medien, Pädagogik bearbeiten auf spielerische Art mit den Kindern ein Thema aus ihrem Fachgebiet. Es wird dabei in den Sprachen Englisch, Türkisch und Deutsch gesprochen. Erst- und Zweisprache werden als gleichwertig anerkannt. Grundlage bildet die Erlebnis- und Erfahrungswelt der Kinder. Es wird flexibel auf deren sprachliche Vorerfahrungen und die individuellen Bedürfnisse eingegangen.

Eine ausführliche Beschreibung der Sommerschule sowie eine Evaluation und Dokumentation wird an die anwesenden JHA-Mitglieder verteilt.

Frau Finger fragt nach, ob noch weiterhin Räume an andere Gruppen vermietet würden. Herr Manap verneint dies. Auf Grund von Beschwerden der Anwohner wegen Lärmbelästigung stellt die Stadtvilla Global ihre Räume externen Personen oder Gruppen nicht mehr für Feiern oder Festlichkeiten zur Verfügung. Für soziale Veranstaltungen werden die Räume aber auch weiterhin an Externe vergeben.

Frau Vonnekold betont den ressourcenorientierten Ansatz der Einrichtung. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen setzen konsequent an den Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen an. Es sei immer wieder erstaunlich, was Kinder leisten könnten, wenn man ihnen etwas zutraue. Die Sommerschule, der Mitmachzirkus zeigten dies deutlich. Frau Finger ergänzt die Aufzählung um die Modeschauen der Stadtvilla.

#### **zu 4 Keine Zusammenarbeit mit der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs Drucksache: 1308/XVIII**

Der Antrag wurde im JHA abgelehnt und mit einer entsprechenden Beschlussempfehlung über den Ältestenrat an die BVV überwiesen. Der Ältestenrat hält die Entscheidung des JHA für ungünstig, da die Beschlussempfehlung des JHA - Ablehnung des Antrags, Milli Görüs zukünftig keine Plattform zu bieten - in der BVV schwer in der Öffentlichkeit zu vermitteln wäre. Der Ältestenrat hat den Antrag darum in den JHA zurückgeschickt und bittet darum, den Antrag so umzuformulieren, dass dem zugestimmt werden kann.

Herr Ahrens und Herr Lemming halten die Zurückweisung der Beschlussempfehlung durch den Ältestenrat für inakzeptabel. Der Ältestenrat könne nicht versuchen, eine neue Entscheidung zu erwirken, weil ihm die Beschlussempfehlung nicht gefalle. Diese Verfahrensweise sei ein Beschwerdegrund. Um eine veränderte Beschlussempfehlung zu erwirken, müsse ein neuer Antrag gestellt werden.

Herr Wittke weist darauf hin, dass der Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Milli Görüs in der Zukunft nichts entgegen stünde. Die Formulierung des Antrags impliziere jedoch, dass das Bezirksamt in der Vergangenheit mit Milli Görüs zusammengearbeitet habe. Dieses sei nicht zutreffend und darum sei der Antrag abgelehnt worden.

Herr Ahrens betont nochmals, dass die Verfahrensweise des Ältestenrats inakzeptabel sei.

Frau Schwarzer beschreibt die Verfahrensweise, wonach der neu formulierte Antrag als Antrag des JHA in die BVV eingebracht werden müsse. Es gebe dann zwei konkurrierende Anträge in der BVV, den ursprünglichen Antrag, der entsprechend der Beschlussempfehlung des JHA abgelehnt werden könnte und einen neu formulierten Antrag des JHA mit einer positiven Beschlussempfehlung. Frau Vonnekold ergänzt, dass der Ältestenrat dann dafür sorgen sollte, dass die beiden Anträge in der BVV in einem Tagesordnungspunkt zusammengefasst werden.

Frau Finger formuliert den neuen Antrag:

*Das Bezirksamt wird gebeten, dem Verein „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ und seinen angegliederten Organisationen auch weiterhin keine Plattform zu bieten, sich in der Öffentlichkeit darzustellen.*

Frau Finger bittet um Abstimmung des Antrages. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**zu 5 Keine Homophobie in Neuköllner Jugendeinrichtungen**  
**Drucksache: 1309/XVIII**

Problematik und Verfahrensweise sind die gleichen wie unter TOP 4 dargestellt.

Frau Finger formuliert den neuen Antrag:

*Das Bezirksamt wird gebeten, die bereits begonnenen Projekte, Jugendliche zum Thema Homophobie zu sensibilisieren und aufzuklären, fortzusetzen. Weiterhin wird das BA gebeten, diese wichtige Arbeit durch weitere geeignete Projekte zu unterstützen.*

Frau Finger bittet um Abstimmung des Antrags. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**zu 6 Trägerwechsel bei Kindertagesstätten**  
**Drucksache: 1193/XVIII**

Frau Vonnekold erklärt, dass das Eigenbetriebsgesetz ihr verbiete, direkt an die Mitarbeiterschaft der Kitas des Eigenbetriebs heranzutreten, um diese zu befragen, ob sie vom Eigenbetrieb in eine Kita in freier Trägerschaft wechseln möchten. Sie habe dies sowohl vom Spezialisten der Abteilung Jugend als auch von der Abteilungsjuristin prüfen lassen. Nach übereinstimmender Auskunft gebe es zwei Möglichkeiten eine solche Befragung zu initiieren.

Frau Vonnekold könnte den Aufsicht führenden Bezirk bitten, seinerseits den Eigenbetrieb zu bitten, diese Umfrage durchzuführen. Eine erste Anfrage, ob man dazu bereit sei, wurde abschlägig beschieden. Die zweite Möglichkeit bestehe darin, einen Beschluss im Verwaltungsrat herbeizuführen, eine solche Umfrage zu starten. Der Verwaltungsrat könne den Eigenbetrieb verpflichten, die Umfrage zu starten.

Frau Vonnekold erläutert die weitergehende Rechtslage: Der Eigenbetrieb kann sich aus wirtschaftlichen Gründen entscheiden, Kitas aus dem Eigenbetrieb zu lösen. Eine solche Entscheidung kann nicht von den Kitas herbeigeführt werden. Eine Befragung der Belegschaft betrachtet sie von daher als nicht zielführend. Selbst wenn die Kitas in freie Trägerschaft wechseln wollten, so fehle jede rechtliche Grundlage, um dieses umzusetzen.

Herr Wittke spricht sich dennoch dafür aus, den für die Mitarbeiter-Befragung erforderlichen Beschluss im Verwaltungsrat durch die BVV herbeizuführen. Es gehe darum, dem Eigenbetrieb Sicherheit in der Einschätzung der Stimmung in der Mitarbeiterschaft zu vermitteln.

Frau Finger erklärt, sie werde den Antrag mit der Beschlussempfehlung des JHA in die BVV einbringen. Frau Vonnekold wird dazu eine Vorlage zu Kenntnisnahme mit oben beschriebenen Inhalt abgeben.

Frau Kaiser, Personalratsvorsitzende des Eigenbetriebs, meldet sich zu Wort. Sie erklärt, dass bereits eine Umfrage unter den Kitas des Eigenbetriebs stattgefunden habe. Den Umfrageergebnissen zufolge möchte keine Kita in Freie Trägerschaft wechseln. Zudem stehe es jeder einzelnen Mitarbeiterin frei, zu einem Freien Träger zu wechseln. Für die in der Personalversammlung anwesenden 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Eigenbetriebs sei es unverständlich, warum die Befragung stattfinden soll.

Frau Kaiser erklärt, der Eigenbetrieb sei auf einem guten Weg. Mit der neuen Geschäftsleitung, die seit einem dreiviertel Jahr wirke, gehe es aufwärts, die Zusammenarbeit habe sich verbessert. Sie bittet den JHA, den Beschluss zurückzunehmen.

Verschiedene Mitglieder des JHA erklären, eine Rücknahme des Beschlusses sei nicht möglich. Frau Finger wird das BVV-Büro bitten, den beschlossenen Antrag an die BVV weiterzuleiten.

**zu 7 Kita-Ausbildungsverbund  
Drucksache: 1385/XVIII**

Frau Karaaslan verliert den Antrag.

*Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, ob durch folgende Maßnahmen der Mangel an Erzieherinnen und Erziehern in den Kindertagesstätten des Bezirks zu bewältigt ist:*

- 1. Beim Berliner Senat ist darauf hinzuwirken, dass die Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher spätestens mit Beginn des neuen Kita-Jahres am 01.08.2010 erhöht werden.*
- 2. Weiterhin ist darauf hinzuwirken, dass die Kapazitäten für die berufsbegleitende Zusatzqualifikation von Erzieherinnen und Erziehern aus berufsverwandten Gruppen erweitert werden.*
- 3. Zu prüfen ist die Schaffung eines Ausbildungsverbundes zwischen dem Kita-Eigenbetrieb SüdOst und den freien Trägern mit dem Ziel, den kurzfristigen Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern durch berufsbegleitende Zusatzqualifikation sowie den mittel- und langfristigen Bedarf durch eigenen Nachwuchs zu decken. Hierbei ist beim Senat darauf hinzuwirken, dass eine Finanzierung für neu gegründete Ausbildungsstätten bereits ab dem ersten Ausbildungsjahr erfolgt, weil die Prüfungen durch eine anerkannte staatliche Ausbildungsstätte vorgenommen werden.*

**Begründung:**

*Der Mangel an Erzieherinnen und Erziehern in Berliner Kindertagesstätten ist mittlerweile zu einem bezirksübergreifenden Problem geworden und führt unter anderem dazu, dass nicht mehr allen Kindern, die einen Anspruch darauf haben, ein Kita-Platz angeboten werden kann. Durch die Maßnahmen infolge des Kita-Volksbegehrens werden darüber hinaus dringend weitere Erzieherinnen und Erzieher benötigt. Ebenso ergibt sich aus der Altersstruktur der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten weiterer Handlungsbedarf. Die in den letzten Jahren verringerten Ausbildungskapazitäten in Berlin verschärfen das Problem zusätzlich.*

Herr Ahrens nimmt zu dem Antrag wie folgt Stellung: Dem ersten Punkt sei zuzustimmen, dies werde jedoch nicht dazu führen, dass es mehr Erzieherstellen gebe.

Der 2. Punkt sei absolut sinnvoll, weil mit der zusätzlichen Qualifizierung von Personen aus berufsverwandten Gruppen eine reale Kapazitätserhöhung verbunden sei. Herr Ahrens präsentiert hierzu einen erweiterten Formulierungsvorschlag:

*Das Bezirksamt wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass geeigneten Arbeitssuchenden aus anderen Qualifizierungsfeldern ermöglicht wird, den Erzieherberuf zu ergreifen. Dazu wird vorschlagen, geeigneten Arbeitssuchenden zusätzlich zum Erzieherschlüssel zu ermöglichen, eine einjährige Maßnahme mit Mehraufwandsentschädigung zu absolvieren. Danach soll – ebenfalls ohne Anrechnung auf den Erzieherschlüssel – eine berufsbegleitende Erzieherausbildung absolviert werden können. Diese sollte z. B. über den öffentlichen Beschäftigungssektor finanziert werden. Träger und Einrichtungen, die diese Möglichkeit nutzen möchten, sollten verpflichtet werden, den so qualifizierten Arbeitssuchenden nach erfolgreichem Abschluss der Maßnahme eine Übernahmegarantie in den Stellenplan auszusprechen.*

Punkt 3 des Antrags sei unzutreffend. Da es sich bei der Erzieherausbildung nicht um eine duale Ausbildung, sondern eine Fachschulausbildung handele, sei die Bildung eines Ausbildungsverbunds nicht möglich. Dieser Punkt sollte deshalb ersatzlos gestrichen werden.

Frau Karaaslan ist mit dem veränderten Vorschlag einverstanden.

Herr Heeb betont die Wichtigkeit der Absprache mit dem JobCenter, damit diejenigen partizipieren, die für sich eine reale Berufsperspektive mit der Qualifizierung verbinden, und nicht diejenigen, die das JobCenter gern vermitteln möchte. Eine Übernahmegarantie sieht er aus Sicht eines kleinen Trägers als schwierig an. Herr Ahrens weist auf die Möglichkeit hin, dass die Übernahmegarantie durch den Verband ausgesprochen werden könnte. Herr Rühlmann betont das Erfordernis einer nachhaltigen Beschäftigung der qualifizierten Personen.

Frau Pohl fragt nach, ob sie richtig verstanden habe, dass das Bezirksamt nach dem vorliegenden Vorschlag selbst nichts tue, es werde lediglich versucht, JobCenter und Senatsverwaltung dazu zu bringen, etwas zu tun. Frau Vonnekold bestätigt dies, sie halte dies aber für sinnvoll, weil auf diese Weise die Prozesse angeschoben werden könnten. Herr Ahrens legt dar, dass der JHA mit diesem Vorschlag seine Funktion der Jugendhilfeplanung wahrnehme.

Frau Finger bittet um Abstimmung des Antrages. Der Antrag wird einstimmig angenommen.  
**zu 8 Eltern haften für ihre Kinder**  
**Drucksache: 1092/XVIII**

**Antrag:** *Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die entstehenden Kosten für Feuerwehr-, Polizei- und Rettungseinsätze betrunkenen Jugendlicher den Sorgeberechtigten in Rechnung zu stellen.*

*Darüber hinaus soll ein wesentlicher Eigenanteil für die Behandlungskosten von den Sorgeberechtigten eingefordert werden.*

Frau Schwarzer erläutert den Antrag: Es gebe immer wieder Hinweise darauf, dass schon 12- und 13-jährige Jugendliche betrunken aufgegriffen werden und ins Krankenhaus eingeliefert werden müssten. Es gehe darum, dass den Kindern geholfen werde. Wenn man den Eltern an die Geldbörse gehe, führe dies vielleicht zu einer bewussteren Erziehung in Bezug auf Alkohol- oder Drogenmissbrauch.

Herr Lemming bezieht sich auf das Antidiskriminierungsgesetz und wendet ein, dass eine solche Regelung nicht nur Anwendung finden dürfe, wenn Kinder und Jugendliche betroffen seien. Sie müsste wenn, dann für alle gelten.

Herr Rühlmann fragt, woher man das Geld holen solle, wenn keines da sei. Es handele sich bei den Betrunkenen um hilflose Personen, denen geholfen werden müsse. Auch müsse man dann bei Erwachsenen gleichermaßen handeln. Hier sieht er juristische Probleme.

Frau Pohl erklärt, dass ein solches Verfahren bundesweit geregelt werden müsse. Der Bezirk habe keine Handlungsmöglichkeiten. Der Drogenbeauftragte der Bundesregierung sei der Ansprechpartner.

Frau Vonnekold berichtet, dass die Eltern aller aufgegriffenen Jugendlichen in Neukölln von einer Mitarbeiterin des Jugendamtes aufgesucht werden. Die Erfahrung zeige, dass die deutliche Mehrheit der Eltern mit dem Vorfall verantwortungsvoll umgehe. Frau Vonnekold hält es für übertrieben, Eltern sofort, wenn ein Kind oder Jugendlicher einmal betrunken aufgegriffen wird, gleich zur Kasse zu bitten. Dies sei eine unverhältnismäßige Härte.

Frau Schwarzer bittet darum, Frau Früh als die zuständige Kooperationspartnerin des Jugendamtes zu dem Thema einzuladen, und die Entscheidung über den Antrag bis zur Darstellung zurückzustellen. Der Bitte wird zugestimmt.

## **zu 9 Mitteilungen**

- **HZE-Kosten**

Nach Auswertung des 1. Quartals hat der Steuerungsdienst der Abteilung bestätigt, dass die Jahreshochrechnung zurzeit bei 47,2 Mio € liegt. Damit sind bisher Einsparungen von 1,1 Mio. € erreicht.

Die HZE-Einsparungsbemühungen zeigen also deutliche Erfolge. Frau Vonnekold ist guten Mutes, dass die erforderlichen Einsparungen erreicht werden. Auf Nachfrage von Frau Pohl räumt sie jedoch ein, keine Garantie geben zu können. Die ganze Abteilung arbeite jedoch mit aller Kraft an der Erreichung des vorgegebenen Ziels. Frau Vonnekold erwarte demzufolge eine Lockerung der Haushaltssperren für die kommunalen und freien Träger der Jugendarbeit.

Frau Pohl bittet um konkrete Zahlen und Erklärung der mit dem Protokoll der letzten Sitzung verteilten Grafik. Frau Finger schlägt vor, dieses auf den nächsten Termin des JHA im Mai zu verschieben, wenn das Fachcontrolling zu dem Punkt berichtet. Dem Vorschlag wird zugestimmt.

- **Umzug Elterngeldstelle:**

In der nächsten Woche zieht die Elterngeldstelle aus der Rudower Straße ins Rathaus (Neubau 5. Stock) um.

- **Trägerauswahlverfahren für die Pflegekinderhilfe**

Das alte Vertragsverhältnis „Pflegekinderoffensive“ mit sechs gleichberechtigten Partnern hatte sich für Neukölln als nachteilig erwiesen. Auftraggeber und Auftragnehmer waren

gleichberechtigt. Neukölln hatte die meisten Probleme und stand allein gegen die anderen fünf Partner. Das Vertragsverhältnis wurde darum von Neukölln gekündigt. Es folgte ein mehrstufiges Auswahlverfahren für die Pflegekinderhilfe Neukölln.

Das Trägersauswahlverfahren ist nun abgeschlossen. In der Gesamtbewertung haben mit ihrer Konzeption und Präsentation die folgenden beiden Träger überzeugt und die ersten Ränge eingenommen: Pflegekinder im Kiez gGmbH/PiK, vorgesehen für Neukölln-Ost und Kinder- und Jugendhilfeverbund gGmbH / KJHV, vorgesehen für Neukölln-West.

Frau Thurley ergänzt, das Jugendamt werde auch wieder einen eigenen, kleinen Pflegekinderdienst einrichten.

Frau Vonnekold hofft, dass, vermittelt durch die neuen Vertragspartner, zukünftig auch mehr Pflegefamilien zu Verfügung stehen werden. Die Vermittlung in eine Pflegefamilie sei insbesondere bei jüngeren Kindern einer stationären Unterbringung deutlich vorzuziehen und zudem auch die kostengünstigere Alternative.

Frau Danquart lädt den JHA für den Herbst in den KJHV ein.

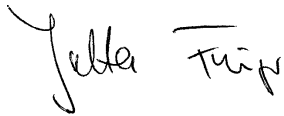
- **Wilde Rübe Supertalent**  
Am 16.04. um 15:00 Uhr stellen die Kinder nach intensiver Vorbereitungszeit ihr Talente live in der Wilden Rübe vor.
  - **Kinderkonferenz Lessinghöhe**  
Am 21.04. findet in der Lessinghöhe eine neue Kinderkonferenz statt. Kinder können Projekte entwickeln, eine aus ihrem Kreis gebildete Jury entscheidet dann, welche Projekte durchgeführt werden sollen. Dann werden die Kindergruppen die Durchführung mit ein wenig Assistenz bis zur Fertigstellung begleiten. Die Kinder lernen die Mühen der Umsetzung, sie lernen aber auch, dass die Bemühungen letztlich von Erfolg gekrönt sein können. Die Kinderkonferenz stellt einen aktiven Beitrag zur Förderung der Beteiligungskultur in Neukölln dar. Die nötigen Finanzen stellen die Jugend- und Familienstiftung Berlin, das QM und das Jugendamt zur Verfügung.
  - **Girls-Day**  
Am 22.04. öffnen vor allem Betriebe mit technischen Abteilungen ihre Türen für Schülerinnen ab der 5. Klasse.
  - **Girls Day 2010 Recherche und Tipps im WEDERNET**  
Bis zum 22.04. können sich Mädchen im WEDERNET auf den Girls Day vorbereiten. Sie erhalten Tipps und können nach Angeboten recherchieren, Kontakte zu Firmen aufbauen und nach ungewöhnlichen Berufen für Mädchen für suchen.
  - **Freiwilliges Soziales Jahr – auch was für Jungs?**  
Am 22.04. um 10:00 Uhr findet im Jugendberatungshaus/WEDERNET eine Informationsveranstaltung auch für Jungen zum Freiwilligen Sozialen Jahr statt. Vier Jugendliche berichten von ihren Motiven und Erfahrungen.
  - **Mahnwache in Rudow**  
Am 24.04. um 10:00 Uhr findet vor der Feuerwache nahe der Rudower Spinne eine Mahnwache zum Gedenken an die Brandanschläge in Rudow 2008 statt. Aufgerufen haben das „Bündnis Neukölln“ und das „Aktionsbündnis Rudow“.
- In diesem Zusammenhang werden die Postkarten aus dem in Kooperation mit den Rudower Geschäftsleuten durchgeführten Projekt „Rudower Vielfalt“ und die Einkaufstüten zu Begriffen um Vielfalt, Toleranz und Demokratie, die die Geschäftsleute in Rudow während der Projektlaufzeit anstelle ihrer eigenen Einkaufstüten ausgegeben haben, an die JHA-Mitglieder verteilt.
- **Tanzwettbewerb in der Stadtvilla Global**  
Am 24.04. findet von 12:00 bis 17:00 Uhr für Kinder von 7 bis 15 Jahren ein Tanzwettbewerb in der Stadtvilla Global statt.

- **„Fußball statt Steine“ in der Lessinghöhe**  
Am 1. Mai findet im Kinder- und Jugendzentrum Lessinghöhe das schon traditionelle Fußballturnier statt. Polizei, Feuerwehr, Technisches Hilfswerk haben ihre Teilnahme zugesagt, und es ist zu erwarten, dass sie wieder für die Jugendlichen attraktives Equipment mitbringen.
- **Schulabschluss und dann?**  
Am 3.05. um 16:00 Uhr berät das Anton-Schmaus-Haus zu Fragen rund um das Thema Schule-Ausbildung-Beruf. Die Veranstaltung wird in Kooperation mit der Kompetenzagentur Neukölln durchgeführt.
- **Familienfrühstück im Anton-Schmaus-Haus (ASH)**  
Jeden Sonntag von 10:00 bis 13:00 Uhr gibt es im Anton-Schmaus-Haus ein Familienfrühstück zu kleinen Preisen. Für die Kleinen gibt es ein Spiel- und Bastelangebot und das Außengelände lockt zum Toben.
- **Neue Projekte und Kurse im ASH**  
Das ASH bietet vom 19.04. bis zum 25.06. ein neues buntes Projekt- bzw. Kursangebot von Nachhilfe, Gitarrenkurs, Kochen, Kräutergartenprojekt bis hin zum Bauen von Spielgeräten. Zudem gibt es in mehreren Einrichtungen Kino, Disco, Trödelmarkt. Detaillierte Informationen sind dem Veranstaltungskalender unter [www.neukoelln-jugend.de](http://www.neukoelln-jugend.de) zu entnehmen.

#### zu 10 Nächste Sitzung: 20. Mail 2010

Der nächste Termin des Jugendhilfeausschusses wird am 20. Mai 2010 stattfinden. Der Ort wird mit der Einladung bekannt gegeben.

Berlin-Neukölln, den 12. Mai 2010



Jutta Finger  
Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses

Maren Sierks  
Protokollführerin